

## **Zur Behandlung im Gemeinderat am 15.11.2017 öffentlich**

Genehmigung Überplanmäßige Kosten Rechtsberatung

**Anlagen:** - keine -

### **Sachverhalt:**

Im Haushaltsplan 2017 wurden für Rechtsberatung und Anwaltskosten 20.000 € eingestellt. Der Haushaltsplanansatz ist mittlerweile ausgeschöpft.

Voraussichtlich werden im laufenden Haushaltsjahr weitere Kosten anfallen unter anderem für:

- Prüfung Widerspruch gegen Unzulässigkeitsentscheidung 2. Bürgerbegehren
- Prüfung Widersprüche gegen Bescheide Akteneinsicht
- Verwaltungsgerichtsverfahren Klage Tagesordnung
- Beratung Pachtvertragsergänzung mit Holcim

Die Aufstellung enthält lediglich die derzeit anstehenden Fälle evtl. können bis Jahresende weitere Punkte hinzukommen. Daher bittet die Verwaltung, um eine Erhöhung des Planansatzes um weitere 10.000 €.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Überplanmäßig: 10.000 €

### **Beschlussvorschlag:**

Bei der Haushaltsstelle 1.000.6550 „Stellenbewertung, Globalberechnung, etc.“ werden weitere 10.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

Monique Adrian